



Beschluss(Resolutions-)antrag

der ÖVP-Abgeordneten Dr. Fritz AICHINGER und Mag. Alexander NEUHUBER, eingebracht in der Sitzung des Wiener Landtages am 25.09.2013 zu Post 10 der Tagesordnung

betreffend Aufhebung des Wiener Valorisierungsgesetzes

Der Rechnungshof stellte im Jahr 2010 fest, dass Wien in den Jahren 2005 bis 2007 „Überschüsse aus den Gebührenhaushalten Kanal, Wasser und Abfall in Höhe von rd. 390 Mill. EUR“ erzielte. Diese Überschüsse wurden jedoch „nicht zweckgebundenen Rücklagen für zukünftige Investitionen“ zugeführt, sondern für den allgemeinen Haushalt verwendet. Zudem stellte der Rechnungshof fest, dass für die Festlegung der Gebühren keine schlüssigen Kostenkalkulationen vorlagen.

Insbesondere vor dem Hintergrund der ohnehin bereits hohen Gebührenlast lässt sich die Wiener Gebührenlawine 2012 nicht mehr rechtfertigen: Die rot-grüne Stadtregierung hob die Parkgebühr um 66 %, die Wassergebühr um 33 % und die Abwasser- und Müllgebühr um jeweils mehr als 6 % an.

Fazit: Seit 2012 muss eine 4-Personen-Familie rund 310 Euro mehr an Gebühren zahlen. Für über 1,7 Millionen Wienerinnen und Wiener, die davon direkt betroffen sind, ist das eine katastrophale Entwicklung: Denn durch die ungerechtfertigten Gebührenerhöhungen steigen die Lebenshaltungskosten der Wienerinnen und Wiener beträchtlich.

Auch die Wiener Grünen wollten früher das Wiener Valorisierungsgesetz wieder abschaffen und argumentierten vehement gegen dieses Gesetz und die darauffolgenden automatischen Gebührenerhöhungen :

Maria Vassilakou, OTS 28.7.2007:

Die Gründe für die Ablehnung des Valorisierungsgesetzes liegen auf der Hand. Maria Vassilakou, Klubobfrau der Grünen Wien: "Wenn man Wasser-, Abwasser- und Müllentsorgungsgebühren zusammenzählt, erwirtschaftete die Stadt Wien vergangenes Jahr insgesamt einen Überschuss von knapp 150 Millionen Euro. Wenn man derart hohe Überschüsse erwirtschaftet, ist es für die Wienerinnen und Wiener völlig unverständlich, nun die Inflationsanpassung als Argument für eine weitere Teuerung herzunehmen. Bei diesen Beträgen kann man nicht mehr von Körpergeld reden, sondern hier handelt es gleich um ganze Geldschränke".

Martin Margulies in einer OTS am Tag der LT-Sitzung am 28.06.2007, in der das Valorisierungsgesetz mit den alleinigen Stimmen der SPÖ beschlossen wurde:

Utl.: **Margulies: Valorisierungsgesetz ist unsoziale Abzockerei**

Wien (OTS) - "Die letztverantwortliche Finanzstadträtin Renate Brauner möchte mit dem Valorisierungsgesetz wohl als Gebühren-Statdrätin in die Geschichte eingehen", sagt der Budgetsprecher der Grünen Wien, Martin Margulies. "Automatische Gebührenerhöhungen sind unsozial und budgetpolitischer Unfug.

Maria Vassilakou, OTS 15.12.2008:

Titel der Aussendung: „Vassilakou zu Gebührenerhöhung: **SPÖ begeht Sozial-Verrat.**“

Vassilakou, Redebeitrag Sonder-Landtag, 2.9.2008:

„Ja, meine Damen und Herren, es war ein großer Fehler, als der Wiener Landtag, trotz massiven Widerstandes der gesamten Opposition vor einem Jahr das Valorisierungsgesetz beschlossen hat, das es ja auch ermöglicht, eben automatisch und ohne Beiziehung der demokratisch gewählten Kräfte in diesem Haus in regelmäßigen Abständen Gebühren zu erhöhen. **Gebühren, die, wie wir alle wissen, massiv übersteuert sind, und die allein im vergangenen Jahr ein Körpergeld von weit über 100 Millionen EUR eingebracht haben.**

(...)

Jedenfalls war und ist dieses Valorisierungsgesetz ein Fehler. (...)

Nichtsdestotrotz: **Ja, wir bleiben dabei, dieses Valorisierungsgesetz ist zurückzunehmen, und deshalb findet sich auch mein Name auf dem Antrag, der bereits von den Kolleginnen und Kollegen der ÖVP eingebracht worden ist.**

Die gefertigten Abgeordneten stellen daher gemäß § 27 Abs. 4 der Geschäftsordnung des Landtages für Wien folgenden

Beschlussantrag:

Der Landtag möge beschließen:

Der Wiener Landtag spricht sich ausdrücklich für eine Abschaffung des Wiener Valorisierungsgesetzes aus.

Das zuständige Mitglied der Wiener Landesregierung möge die entsprechenden Schritte umgehend in die Wege leiten.

In formeller Hinsicht wird die sofortige Abstimmung verlangt.

Wien, 25.09.2013

Stichting

Ammer

Stichting
Stichting